

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Antrag und Bericht zum WOV-Postulat betreffend Reaktion auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung, eingereicht von Gemeinderat S. Stierli (SP)

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat betreffend Reaktion auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das WOV-Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Am 19. Januar 2009 reichte Gemeinderat Silvio Stierli, namens der SP-Fraktion mit 30 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgendes WOV-Postulat ein:

"Die Finanzkrise wird nach Einschätzung der Experten die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe treiben, wobei insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ansteigen soll. Es ist davon auszugehen, dass es noch vermehrt an Lehrstellen und Einstiegsjobs für Jugendliche fehlen wird.

Die Stadt Winterthur bietet im Vergleich zum Bund und zu anderen Stadtverwaltungen überdurchschnittlich viele Lehrstellen an (6,9 Lehrstellen auf 100 Stellen im Jahr 2007). Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise sind jedoch in diesem Bereich zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um dem drohenden Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Die Erhöhung der Lehrstellen in der Stadtverwaltung ist ein kleiner Beitrag und zugleich ein wichtiges Signal an die Wirtschaft.

Im IAFP (integrierter Aufgaben- und Finanzplan) werden die voraussichtlichen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Jugendarbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Entsprechende Korrekturen und Planungen sind daher frühzeitig anhand zu nehmen.

Der Stadtrat wird eingeladen, den IAFP entsprechend anzupassen und insbesondere in den einzelnen Globalbudgets für das Jahr 2010 mindestens 10 zusätzliche Lehrstellen (Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz) vorzusehen."

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

Als bedeutende Arbeitgeberin auf dem Platz versteht die Stadt Winterthur die betriebliche Bildung als gesellschaftspolitischen Auftrag und übernimmt die Verantwortung für die Berufsbildung von mehr als 200 Jugendlichen. Die Zahl der Lehrverhältnisse bei der Stadtverwaltung hat sich im letzten Jahr nochmals weiter erhöht. So standen am 31. Dezember 2008 insgesamt 225 Personen in einem Ausbildungsverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Das entspricht einer Ausbildungsquote von neu 7.1%. Weiter werden bei der msw-winterthur 220 Personen zu jungen Berufsleuten ausgebildet und innerhalb der Stadtverwaltung werden

rund 100 Praktika-Ausbildungsplätze angeboten. Der Stadtrat ist erfreut über das im Vergleich zu anderen Betrieben und Verwaltungen überdurchschnittliche Angebot.

Als Folge des kantonalen Submissionsverfahrens erhielt die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte keinen Zuschlag mehr für die Durchführung des Projektes "transit plus", in welchem Jugendliche das erste Lehrjahr der zweijährigen Attestausbildung "Küchenangestellte/r" und "Restaurationsangestellte/r" absolvierten. Der Stadtrat entschied, die Attestausbildungen auch ohne den Kanton in eigener Regie weiterzuführen, zu finanzieren und weiter auszubauen. Er gab daher im Frühling 2008 grünes Licht für die Schaffung und Finanzierung von 15 Attest-Ausbildungsplätzen.

Die Prüfung der Schaffung weiterer Ausbildungsplätze wird als Daueraufgabe wahrgenommen, stösst jedoch im Hinblick auf die vorhandenen personellen Ressourcen immer deutlicher an Grenzen. Zudem ist der Fokus zukünftig vermehrt auf die Qualität bzw. Qualitätsentwicklung der Ausbildung zu legen. Weiter bedeutet die Akquisition von zusätzlichen Ausbildungsplätzen einen sehr grossen Aufwand, viel Überzeugungsarbeit und Zeit. Auch gilt es zu beachten, dass das Lehrstellenangebot der Stadtverwaltung keine Manövriermasse ist, die sich je nach Konjunkturlage und Arbeitsmarktverhältnissen gewissermassen als Ausgleichsbecken beliebig anpassen lässt. Eine Erhöhung der Ausbildungsangebote verlangt vor allem geeignete Arbeitsplätze mit entsprechenden Aufgaben; der/die Lernende kann nur produktive Arbeit leisten, wenn diese vorhanden ist und ihrem/seinem Kenntnisstand entspricht. Ferner müssen eine optimale Ausbildungsbetreuung durch Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie finanzielle Mittel sichergestellt werden. Die Betreuung nimmt Arbeitszeit von qualifizierten Fachkräften in Anspruch. Erfahrungsgemäss ist mit einem Pensum von ca. 10 bis 15 % zu rechnen. Im Rahmen des Legislatorschwerpunktes 'Entwicklungsimpuls Töss' hat das Departement Schule und Sport einen externen Lehrstellenförderer beauftragt, ein Lehrstellenmarketing einzurichten, welches die Betriebe in der Stadt Winterthur dazu motiviert, neue Lehrstellen zu schaffen. Die Stadt beteiligt sich an der Finanzierung. Dabei wird auch die Stadtverwaltung auf zusätzliche mögliche Ausbildungsplätze durchleuchtet.

Die vorhandenen Grundlagen und Strukturen der Berufsbildung in der Stadt Winterthur sowie die zentral im Personalamt verfügbaren Ressourcen für das Berufsbildungswesen genügen den heutigen Anforderungen nicht mehr. Für eine gezielte Förderung des Ausbaus des städtischen Lehrstellenangebotes und der gesetzlich geforderten Qualitätsentwicklung sind daher zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. Der Stadtrat hat in diesem Sinne der Schaffung einer Fachstelle "Berufliche Grundbildung" beim Personalamt ab Sommer 2009 zugestimmt. Mit dieser Massnahme soll unter anderem ermöglicht werden, mit gezielter Unterstützung und Beratungsleistung die Stadtverwaltung im Rahmen des Berufsbildungsmarketings auf zusätzliche mögliche Ausbildungsplätze zu durchleuchten und damit der Forderung des Postulats 2007/026 "weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung" und dem vorliegenden WOV-Postulat möglichst entsprechen zu können.

In der beruflichen Grundbildung ist aufgrund der Prognosen des Bundesamtes für Statistik davon auszugehen, dass die demografische Entwicklung der Schulabgängerinnen und -abgänger in den nächsten Jahren zudem zu einer Entlastung auf dem Lehrstellenmarkt führen wird. In Ballungsgebieten wie Winterthur trifft dies allerdings nicht zu. Was für die einen ein Anzeichen einer Entlastung darstellt, ist für die anderen eine neue Sorge, die erforderlichen Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl rekrutieren zu können. Neben der demografischen Entwicklung beeinflussen weitere gesellschaftliche Faktoren wie beispielsweise Karriere-möglichkeiten, Sozialprestige, Höhe des Lohnes oder die Weiterbildungsangebote das Berufswahlverhalten der Jugendlichen.

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und dem sich abzeichnenden Anstieg der Jugend-arbeitslosigkeit, erachtet es der Stadtrat als wichtig, dass die Aufmerksamkeit auch dem An-

schluss an den Arbeitsmarkt nach der Lehre zu gelten hat. Es liegt zweifellos im Interesse der Stadtverwaltung, selbst ausgebildete Lernende als Fachkräfte weiter zu beschäftigen. Dadurch können Rekrutierungs- und Einarbeitungskosten eingespart werden. Das betriebs-spezifische Wissen ist bis zu einem gewissen Grad bereits vorhanden und die Person kann von Anfang an voll produktiv arbeiten. Dies ist jedoch nur bei entsprechendem Stellenangebot möglich. Es ist gängige Praxis, bei Wiederbesetzung einer offenen Stelle, - wo immer möglich – den Lehrabgänger/innen den Vorzug zu geben. Dies bestätigen auch die jeweils kurz vor Lehr-Ende durchgeführten Umfragen. Ende Juni des letzten Jahres konnten bereits drei von vier Jugendlichen eine Anschlusslösung ausweisen, die Hälfte davon mit einer Weiterbeschäftigung bei der Stadtverwaltung.

Mit dem Thema "Jugendarbeitslosigkeit" ist die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte in verschiedener Hinsicht engagiert. Im Auftrag der Stadt betreibt sie seit März 2008 das Ausbildungsrestaurant "Römerpark" mit 15 Attestlehrstellen "Küchenangestellte/r" und "Restaurationsangestellte/r". Im Auftrag des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit AWA - und finanziert von der Arbeitslosenversicherung - stellt die KAP insgesamt 80 Plätze für so genannte Motivationssemester zur Verfügung. Ziel ist, für die stellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgänger eine Lehrstelle zu finden, an Schlüsselqualifikationen zu arbeiten und Bildungsinhalte aufzufrischen. 30 Plätze stehen als Praktikumsplätze in Firmen und Verwaltungsstellen zur Verfügung, der Rest als Gruppenplätze in drei KAP-eigenen Werkstätten. In der Stadtverwaltung Winterthur arbeiteten im Jahr 2008 4 Jugendliche während rund 6 Monaten an einem Praktikumsplatz. Ebenfalls im Auftrag des AWA betreibt die KAP das Angebot "learn+earn" mit 30 Plätzen. Es handelt sich dabei um ein Berufspraktikum für stellenlose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger. 2 Personen dieser Zielgruppe arbeiteten während je rund 5 Monaten an einem Einsatzplatz bei der Stadtverwaltung Winterthur.

Der Stadtrat ist sich sehr bewusst, dass Lehrstellen wichtig als Fundament für eine berufliche Existenz sind. Wirtschaft und Politik haben – erst recht in rezessiven Phasen - dafür zu sorgen, genügend Ausbildungsplätze anzubieten. Bei der Erarbeitung des Budgets 2010 und des IAFP 2011 bis 2013 wird geprüft, in welchem Rahmen es möglich sein wird, dem Begehren Rechnung zu tragen. Die Stadtverwaltung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin Anstrengungen unternehmen, sowohl ein quantitativ wie qualitativ hohes Lehrstellenangebot zu bieten. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, die Lernenden in fachlicher, sozialer und persönlicher Hinsicht für die Ausübung des gewählten Berufes gut zu qualifizieren, damit diese über die Grundlagen für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben verfügen.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder